

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/II/64

Hannover, 15. August 1947
Telefon: 20951/52

Es hat noch nicht einmal angefangen ...

R.B. Nach einer Meldung der Associated Press sollen innerhalb der nächsten drei Monate sechs internationale Konferenzen stattfinden, die sich sämtlich mit Deutschland beschäftigen werden. Mehrere, im wesentlichen ergebnislose Treffen haben die alliierten Staatsmänner bereits hinter sich. Trotz dieser angestregten und vielseitigen Bemühungen ist festzustellen, daß ein Aufbau Deutschlands noch nicht begonnen hat.

Im August 1945 waren die Rationen besser als im gleichen Monat des Jahres 1946 und diese waren wiederum höher als heute. Selbstverständlich sind alle hierfür gegebenen Erklärungen zutreffend - der Krieg, die weltweiten Zerstörungen, das unterbrochene Gefüge der Weltwirtschaft, das Mißtrauen der Alliierten gegeneinander und die schlechten Welternten - das alles sind sehr stichhaltige Gründe, weshalb Europa seinen alten Lebensstandard noch nicht wieder erreicht hat. Sie sind aber keine Erklärung dafür, daß in Deutschland nicht einmal die Anzeichen eines Anfangs zu erblickten sind. Wenn von alliierter Seite darauf hingewiesen wird, daß es vielen europäischen Staaten, die zu den Siegern gehören, ebenfalls schlecht gehe, so ist das nicht zu leugnen. Dies hat aber nichts mit der Tatsache zu tun, daß Deutschland mehr als diese Länder die Voraussetzung besitzt - die alliierten Diskussionen und Besorgnisse um die Ruhr beweisen es - den eigenen Aufbau zu betreiben.

Von den vier Zonen ist die englische die gehaltvollste. Hier sind die Rohstoffe vorhanden, die man braucht, um Industrien arbeiten zu lassen und den Verkehr zu entwickeln. Aber Kohle und Stahl wurden nur ungenügend produziert. Es ist falsch, dem deutschen Arbeiterdaraus einen Vorwurf zu machen. Er hat für die ihm gewährten Kalorien genug geleistet. Auf den Arbeitsämtern aber liegen zahlreiche Meldungen von Freiwilligen vor, die nicht in die Gruben geschickt werden können, weil keine Unterkünfte vorhanden sind.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn überall in Deutschland die Frage aufgeworfen wird, ob neben den Auswirkungen des Krieges noch andere Faktoren Gültigkeit erlangt haben und es ist ebensowenig zu verwundern, wenn die Deutschen nach einer zweijährigen Rückwärtsentwicklung die Überlegung anstellen, daß die Alliierten weit weniger ein neues deutsches Kriegspotential fürchten als viel eher die wirt-

schaftliche Konkurrenz dieses Landes.

Es liegen mehrere vernünftige Pläne vor, nach denen die deutsche Wirtschaft im Westen in Gang gebracht werden könnte. Keiner dieser Vorschläge wurde verwirklicht, denn der Export von Kohle und Holz ist darin nicht dominierend. So sagt man sich in Deutschland heute, es bereite manchen Staatsmännern Kopfzerbrechen, wie die Deutschen am Leben zu erhalten sind, ohne sie zu Konkurrenten werden zu lassen und dabei die eigenen Steuerzahler nicht zu überanstrengen.

Bisher wurden keine Maßnahmen getroffen, aus denen die Hoffnung geschöpft werden kann, daß sich die Situation in absehbarer Zeit ändern wird. Vielleicht ist hier das Anerbieten Marshalls an Europa zu erwähnen, das jedoch erst dann von den deutschen Arbeitern ohne Einschränkung begrüßt werden wird, wenn sie wissen, daß keine konstruierten Vorbehalte zwischen sie und die ursprünglichen Absichten treten.

Die in Hannover stattfindende Messe steht unter der britischen und amerikanischen Parole "keine Importe ohne Export". Sofern dies nicht nur als eine reine Zwecklosigkeit im Interesse der vielfach zitierten Steuerzahler dieser Länder aufgefaßt und das ganze Ereignis nichts als eine organisierte Schaumschlägerei angesehen werden soll, müssen endlich die Produktionsvoraussetzungen in Erscheinung treten, wobei es für die deutsche Situation auf die Dauer unterhebllich ist, ob statt der ausländischen Steuerzahler deutsche Exporterlöse die Lebensmittelaufgaben bezahlen. (Wobei heute schon viele Sachverständige der Ansicht sind, daß jene Lasten der ausländischen Steuerzahler längst durch erhebliche Preisdifferenzen bei der Bewertung deutscher Exportgüter wie z.B. der Kohle praktisch aufgehoben worden sind.) Die Produktion muß so hoch werden, daß die deutsche Bevölkerung mehr als Hungerrationen und einen besseren als den tiefsten Lebensstandard zu erwarten hat.

Wirtschafts-

Regierung und Opposition Von Heinz Krüger, Kiel

In jeder Demokratie hat die Regierungsgewalt vom Volke auszugehen. Durch die politischen Parteien wählt das Volk seine Vertreter in die Parlamente. Die Parteien bilden die Regierung oder stehen in Opposition zu der vom Parlament mit Mehrheit gewählten Regierung. Regierungsparteien und Opposition aber sind beides notwendige Lebenselemente der Demokratie. Das Verwischen von Gegensätzen dient nirgends der politischen Willensbildung. Eine Blockpolitik, wie wie unter zwangsweisem Ausschluß der SPD z.B. in der russischen Zone besteht und die Möglichkeit einer Opposition von vornherein als staatsfeindlichen Akt brandmarkt, tötet die Demokratie bereits in ihrem Fundament. Unter der Parole der Einheit wird dort mit neofaschistischen Mitteln eine Scheindemokratie vorzerzert, die in der täglichen Auswirkung auf das Volk nur die trüben Erfahrungen der Hitlerjahre fortsetzt.

Klare Verhältnisse zwischen Regierung und Opposition müssen sich aber dort herausstellen, wo eine Partei als Mehrheit die Regierung bildet. In Schleswig-Holstein wurde unter dem Ministerpräsidenten

Hermann Lüdemann im April dieses Jahres nach Eroberung von 43 von 70 Landtagsmandaten eine rein sozialdemokratische Regierung gebildet. Sie entwickelte vor dem Parlament ein eindeutig sozialistisches Regierungsprogramm: Bodenreform, Flüchtlingsnot-Gesetz, Sozialisierungsgesetz, Neuordnung der landwirtschaftlichen Organisationen, Neuordnung der Kreise und Ämter - Vorlage auf Vorlage wird Gesetz im Rahmen der Zuständigkeiten dieses kleinen Landes und zwingt die Gegner zu eindeutiger Stellungnahme und dabei oftmals, aus Angst vor der Volkstimmung, zur Unterstützung der Regierungsarbeit. Das Mehrheitswahlrecht von Schleswig-Holstein hat hier auch die Opposition auf eine große gegenriscche Partei beschränkt: Sie wird von den 22 ODU-Abgeordneten gebildet, die restlichen fünf Sitze gehören der ebenfalls meist in Opposition stehenden "Südschleswigschen Vereinigung". Die Splitterparteien gingen leer aus.

Die sachlichen Gegensätze zwischen den Fraktionen und in der Presse sind stark. Die Regierung hat sich ständig um die Opposition zu kümmern und ihre Maßnahmen, nach deren Kritik vorsichtig zu überprüfen. Die Opposition wird oftmals und notwendigerweise vor Kabinetsbeschlüssen und vor den Landtagssitzungen um ihre Meinung befragt. Die Presse wird von der Regierung gleichmäßig und überparteilich informiert, ihre Kritik beachtet, wie es sich in demokratischer Anerkennung der Pressefreiheit gehört.

Das persönliche Verhältnis der politischen Führer untereinander wandelt sich im Gegensatz zu der Weimarer Republik zu neuen Formen der gegenseitigen Achtung. Man hält es für selbstverständlich, daß der Gegner zunächst einmal auch ein anständiger Mensch ist, der nach seiner Meinung und auf seine Weise der politischen Wahrheit und Sauberkeit zu dienen gewillt ist. Das gilt in der Zusammenarbeit aller Parteien. Es ist in Schleswig-Holstein, wo es zum ersten Mal in Deutschland seit 1918 eine Einparteien-Regierung, und zwar eine sozialdemokratische Regierung gibt, eine Neuformung des politischen Lebens im Gange.

Deshalb überrascht es auch nicht, daß kürzlich auf der Zonentagung der CDU der sozialdemokratische Ministerpräsident Lüdemann als Gast erschien und begrüßt wurde, in denselben Tagen, als es im Wirtschaftsbeirat in Frankfurt zum härtesten Kampf um die Direktorenverteilung gekommen war. Es ist kein zufälliges, sondern ein bewusstes und tapferes Wort, wenn Lüdemann sagt: "Es ist eines der schönsten Ergebnisse der Demokratie, daß ein Politiker befreundete Gegner haben kann". Man sollte in ganz Deutschland daraus lernen und besonders der Jugend aus solchen Beispielen das demokratische Staatsbewußtsein zum selbstverständlichen Erlebnis werden lassen.

Die SPD-Regierung ging dann noch einen Schritt weiter: Sie hat im Landtag fast einstimmig eine Vorlage durchgesetzt, wonach der jeweilige Führer der Opposition besoldet werden soll. Lüdemann begründet diesen Antrag des Kabinetts mit folgenden Worten: "An sich handelt es sich darum, der Opposition die Möglichkeit freier Entfaltung zu sichern. Wir sind entschieden gegen jedes Einparteiensystem, sei es offen oder in versteckter Form. Wir sind aber ebenso gegen ein Vielparteiensystem, weil das Vielerlei der Parteien nur dazu dient, Unklarheiten zu schaffen über das politische Wollen der Parteien. Es gibt keine bessere Festi-

gung des politisch parlamentarischen Systems als durch die Bildung großer verantwortungsbewusster Parteien. Und dieser, der größten Oppositionspartei, die Möglichkeit einer gebührenden Beeinflussung unserer Gesetzgebungsarbeit zu geben, ist der tiefere Sinn unseres Antrages, damit in Deutschland zum ersten Male eine neue Form und eine neue Stellung der politischen Zusammenarbeit in einem Parlament zu geben."

In dieser Zeit, wo die Fundamente einer neuen deutschen Demokratie und Einheit gelegt sind, kommt schon nach kurzer Regierungsdauer dem Wirken des SPD-Kabinetts Lüdemanns eine Bedeutung zu, die über dies kleine Land Schleswig-Holstein hinaus Anklang und Nachahmung finden muß - allein wegen der hier gelösten Frage von Regierung und Opposition. Es handelt sich nicht um die billige Lösung gesellschaftlich-konventioneller Formen. Denn die politischen und seelischen Gegensätze - wo es uns nur um die sozialistisch-demokratische Lösung geht - sind tiefer und schärfer als je. Diese Gegensätze können und sollen weder zugedeckt, noch gemindert werden. Das Volk will, durch die Jahre der Diktatur in Not und Verfolgung klüger geworden, die demokratische Freiheit und den demokratischen Kampf der Geister und der Gegensätze. Aber es will, daß dieser Kampf sachlich geführt wird. Hierin sollte die Sozialdemokratie führend sein.

Pancommunismus 100 Jahre Panславismus

B.W. Es rundet sich bald das Jahrhundert, seitdem Rußland im Interesse seiner Europa- und Balkanpolitik den Panславismus zu einem Leitsatz seiner Politik gemacht hat, jenen Freiheitsgedanken, den 1830 zuerst die Tschechen geträumt hatten. Die slavischen Völker Europas wachen heute nach 100 Jahren panslavistischen Träumens in einem - pan-kommunistischen Staatenbund von über 250 Millionen Menschen auf; ihr ideeller Traum beginnt sich in einer sehr materialistischen Gegenwart zu verwirklichen. Aber anders, als die Väter es sich gedacht.

Rußland hat, als es an die Verwirklichung des panslavischen Traumes heranging, sich zwar niemals nur mit der Sammlung und Betreuung der "slavischen Brudervölker" unter einem Dach begnügen wollen, sondern sein Ziel war die politische und wirtschaftliche Expansion nach dem Westen, zur "offenen Tür" in die Welt. Unter dem zaristischen Rußland war es jedoch der dem panslavistischen Traum ideenmäßig verwandte religiöse Gedanke der - wohlverstanden nicht russischen, sondern slavisch-orthodoxen Rechtgläubigkeit, die prawoslawische Konfession, die über die Nationalismen hinweg den Gedanken der Zusammengehörigkeit trug und damit die imperialistischen Ziele Rußlands gewissermaßen zu überdecken vermochte. Heute ist es die Idee des - wohlverstanden nicht russischen, sondern sowjetischen Kommunismus, der nun ohne jede irrealen Verwandtschaft mit der panslavistischen Idee die "Brudervölker" seinem System in brutalem materialistischen Realismus dienstbar macht nämlich unter Aufgabe aller nationalen Ambitionen geistiges, politisches und wirtschaftliches Vorfeld gegenüber dem nicht-kommunistischen "Europa" zu sein, das - in der Dialektik des sowjetisch-marxistischen Denkens, alles auf den Gegensatz von These und Antithese zu vereinfachen - gegen ihn sein muß, einfach, weil es nicht für ihn ist.

So ist die Verwirklichung des pan-slavistischen Traumes für die ost- und südosteuropäischen Völker recht erndoternd: kommunistische Minderheiten löschen die erträumte Souveränität aus, indem sie Sowjetpolitik betreiben und damit eine ausländische Souveränität über die eigene stellen. Die kommunistischen Machthaber in den einzelnen Staaten - auf einem "Institut für Slavenführung" an der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften zu "gelehrten Slavenführern" geehlt - sind nichts anderes als bevollmächtigte Botschafter der Moskauer Diktatur bei einer Demokratie, ohne jedoch der Demokratie in ihrem Machtbereich das Recht der Gegenseitigkeit einzuräumen.

Pankommunismus heißt die sowjetische Verwirklichung des hundertjährigen Traumes der europäischen Slaven. Und er beschränkt sich nicht auf den ursprünglichen slavischen Völker- und Kulturkreis, sondern er greift weit über dessen Grenzen hinaus. In die Sprache der Weltpolitik übersetzt und in das Diktandum des europäischen Geschehens geschrieben, bedeutet das: der Ostblock ist als Tatsache sichtbar geworden. Nicht nur das slavische Albanien, Bulgarien, Jugoslawien, Polen, Rumänien und die slavische Tschechoslowakei, sondern auch Ungarn und Finnland haben als gefolgsame Satelliten die Weisung "Väterchen" Stalins befolgt und die Teilnahme an der europäischen Besprechung des Marshall-Plans abgelehnt. Damit hat die Sowjet-Union das Politikon des Ostblockes geschaffen und ein westliches Europa gegen sich abgegrenzt. Gäbe es einen Westblock - er würde dann nur die Schöpfung der sowjetischen Politik sein, die gestern den nationalistischen Panslavismus mit dem kommunistischen betrog und heute den slavischen Pankommunismus präpariert, um morgen den europäischen zu verwirklichen.

(m/B54/113/1/hs)

Die Radikal-Soziale Freiheitspartei

In Westdeutschland macht sich unter dem Namen Radikal-Soziale Freiheitspartei eine neue Bewegung bereit, die zum Teil mit national-sozialistischen Methoden arbeitet und Zulauf findet.

W.F. Die Radikal-Soziale Freiheitspartei ist von Anhängern der Freiwirtschaftslehre Silvio Gesells in der britischen Zone gegründet worden, die die in dem Buche "Natürliche Wirtschaftsordnung" von Gesell niedergelagerten Lehren mit politischen Mitteln verwirklichen wollen. Es handelt sich bei diesen Anhängern Gesells um Ausschließlichkeitsfanatiker, um Leute, die sich zwar auf parteipolitische Bahnen begeben haben, denen das parlamentarisch-demokratische Prinzip aber gleichgültig ist. Funktionäre dieser Partei haben im internen Kreise ausgesprochen, daß es ihnen nicht sicher erscheint, daß ihnen der parlamentarisch-demokratische Weg zum Erfolg verhilft. Es ließe sich denken, daß bei der "politischen Unmündigkeit der Massen" eine vorübergehende Diktatur notwendig sei, um das Programm durchzusetzen. Die Konsequenz dieser Einstellung ist eine hemmungslose Schimpfkampagne auf die bestehenden Parteien, die für Not und Elend verantwortlich gemacht werden. Als Beweis für das mangelnde wirtschaftliche Verständnis der SPD und für die Unmöglich-

keit der von ihr geforderten Planwirtschaft wird ständig die gegenwärtige Zwangsbewirtschaftung angeführt. Überhaupt sieht die RSF in den "marxistischen" Parteien ihren stärksten Feind. Die RSF, das ist sicher, ist nur so lange demokratisch, als es ihr zur Durchführung ihrer Politik nützlich erscheint. In ihrer Taktik hat sie eine häufig geradezu verblüffende Ähnlichkeit mit der KPD.

Die Führung der RSF liegt in den Händen von Richard Bätz. Bätz ist bekannt durch die Artikel, die er in der im Ritzmann-Verlag erscheinenden Zeitschrift "Die Gefährten" veröffentlicht. Er bezeichnet sich als Sozialist und schreibt prosozialistisch. Aber - und das ist wesentlich - sein Sozialismus liegt in der Ansicht begründet, daß die Freiwirtschaftslehre sozialistisches Ideengut ist - mit den Ansichten der Sozialdemokratie hat er nichts gemein.

Die RSF hielt Ende Mai in Liddenscheid einen Parteitag ab, auf dem der endgültige Name beschlossen wurde. Anwesende Gäste bezeichneten die gegen die anderen Parteien geführten Ausfälle als noch nie dagewesen in dieser Schärfe. Da Silvio Gesell nichts über Erziehung und Schule, Entnazifizierung, Kirche und Staat, Friedensfragen geschrieben hat, wurde eine einheitliche Stellungnahme zu diesem Problem ausgearbeitet. Besonders Augenmerk wurde auf dem Parteitag auch auf die Erziehung der Jugend zur Freiwirtschaft gerichtet, weil man der Ansicht ist, daß die Jugend die größte Aufgeschlossenheit zeige und am meisten revolutionäre Kraft besitze. Überall, wo Ortsgruppen dieser Partei bestehen, sind auch Jugendgruppen gebildet worden oder im Entstehen. Zusammengefaßt ist zu sagen:

Die RSF ist nicht entstanden, weil sie dem Volke in seinen Sorgen und seinen Problemen helfen will, sondern weil die norddeutsche Gruppe der Ansicht ist, auf der Basis einer politischen Partei ließe sich das Freiwirtschaftsprogramm am sichersten verwirklichen. Die süddeutschen Gruppen sind dieser Ansicht nicht. Diese haben sich zum "Freiwirtschaftsbund für natürliche Ordnung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft" zusammengeschlossen, weil sie glauben, auf diese Weise durch die überzeugende Wirkung ihrer Idee leichter in führenden Kreisen der Partei Fuß zu fassen und erfolgreich zu wirken. Die führenden Köpfe sind Otto Lautenbach und Professor Diehl. Lautenbach gab früher die Zeitschrift "Schule der Freiheit" heraus, die in der zweiten Hälfte des Krieges in Kriegsgemeinschaft mit der Geopolitik von Professor Hanshofer erschien. Lautenbach ist ein ausgezeichnete Organisator. Die Gesellschaft für natürliche Ordnung für Wirtschaft, Kultur usw. hat vor einigen Monaten einen sogenannten "Warenmarkplan" ausgearbeitet, welcher verhindern soll, daß das nach dem Krieg rechtmäßig erworbene Einkommen unter die Währungsreform fällt. Er ist als Vorschlag zur Währungsreform zu werten. Er soll allen Ministerien, Politikern, Gewerkschaften, Besatzungsbehörden usw. zugegangen sein und Interesse wachgerufen haben. Die RSF lehnte diesen Plan ab, soll allerdings jetzt ihre Bedenken zurückgezogen haben. An sich besteht keine engere Berührung zwischen der norddeutschen und süddeutschen Gruppe. Obwohl beide das gleiche Ziel verfolgen, bestehen noch erhebliche Differenzen über die anzuwendende Methode zur Erreichung dieses Ziels. Es besteht Spannungen, aber die süddeutsche Gruppe, die übrigens ihren Sitz in Stuttgart hat, zeigt wesentlich mehr Entgegenkommen zur Erreichung einer für beide Teile tragbaren Basis.